



Liebe Genossinnen und Genossen,

Pro Ethik konnte der Berliner Bevölkerung überzeugend darlegen, dass auch in Zukunft in der Bildungseinrichtung Schule das Pflichtfach Ethik für alle und zusätzlich der von den Kirchen erteilte Religionsunterricht auf freiwilliger Basis fortgesetzt werden. Nach Aussagen des Landeswahlleiters haben sich in Tempelhof-Schöneberg am 26. April insgesamt 33,6 Prozent der Wahlberechtigten an Volksentscheid beteiligt – Berlin weit waren es 29,2 Prozent. Wäre unser Bezirk ganz Berlin, so wäre der Volksentscheid auch in Tempelhof-Schöneberg mit den erzielten 20,5 Prozent am notwendigen Quorum der Ja-Stimmen von 25 Prozent gescheitert. Mit „Ja“ haben in Tempelhof-Schöneberg 60,9 Prozent (berlinweit 48,5 Prozent) und mit „Nein“ 38,9 Prozent (berlinweit: 51,3 Prozent) gestimmt. Ja, es gibt klare Unterschiede zwischen Beteiligung und Abstimmungsverhalten zwischen den Bezirken. Die in einigen Zeitungen vorfindbaren Zuschreibungen, Berlin sei eine grundsätzlich atheistisch geprägte Stadt halte ich für ebenso einseitig wie: die rein westlichen sechs Bezirke stimmen für Pro Reli - schließlich wurde nur in Steglitz-Zehlendorf das notwendige Quorum überschritten. Religion hat in Berlin ihren Platz und das zeigen auch viele aktive Gemeinden. Der Volksentscheid hat aber deutlich gemacht, dass sich die Bildungsinstitution Schule mit ihrem Lehrplan in jeder Unterrichtsstunde an alle Schülerinnen und Schüler wendet - unabhängig von Religions- oder Weltanschauung.

Sozial und Demokratisch - mit diesen Werten werden wir unseren Wahlkampf bestreiten und am 27. September die Bundestagswahl gewinnen. Einige von Euch waren am 19. April im Tempodrom dabei, als der Entwurf vorgestellt wurde. Sehr spannend die lebhaften Erläuterungen zu den Regionalkonferenzen. Wir sind mit unserem Regierungsprogramm gut aufgestellt. Daran ändert nicht, dass ich der Meinung bin, dass die Partei durchaus noch Änderungs- - und wie ich meine - politischen Verbesserungsbedarf stärker betonen sollte: beispielsweise eine noch strikte Ablehnung von ÖPP / PPP; keine Schuldenbremse, eine profiliertere Förderung von Frauen in Führungsfunktionen.

Am 13. Mai findet der Tempelhof-Schöneberger EU-Tag unter dem Motto „Vorfahrt für Europa: starke VerbraucherInnen für ein gutes Klima“ statt. Ich lade euch alle sehr herzlich zu einem lebendigen und aktiven Europa-Wahlkampf ein: Für eine starke SPD! Für eine starke Dagmar Roth-Behrendt! Ab 16.30 Uhr werden am Winterfeldtplatz vor dem Theater Hans Wurst Nachfahren zur Umwelt- und Energiepolitik, zum VerbraucherInnen- und zum Klimaschutz diskutieren:

- **Dagmar Roth-Behrendt**, Berliner SPD-Europaabgeordnete
- **Sigmar Gabriel**, Bundesumweltminister
- **Mechthild Rawert**, Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg

Bereits ab 15.00 Uhr ist an den Infoständen, u.a. BUND, Berliner Mieterverein, SPD, viel Wissenswertes über Energie- und Geldsparen, über klimafreundliches Einkaufen, etc. zu erfahren. Wir machen aber auch eine praktische Aktion: Kommt zusammen mit euren Nachbarn und Freundinnen, eurer Familie und den KollegInnen und bringt eure alten Handys mit, damit wir sie im Rahmen unserer „Handy-Recycling-Aktion“ einem guten Zweck zuführen können.

Für den 23. Mai hat mich der Präsident des Deutschen Bundestages zur 13. Bundesversammlung eingeladen. Ich werde für **Gesine Schwan** stimmen und hoffe sehr, dass sie unsere erste Bundespräsidentin wird. An diesem Tag erstmals eine Frau an die Spitze des Staates zu stellen, wäre ein gutes Zeichen und die Gleichstellung der Geschlechter voran bringen. Es wäre ein gutes Zeichen für die gesamte Gesellschaft: In ihren ausgesprochen starken Reden hat sie deutlich gemacht, dass sie wirklich „voll im Leben“ steht und vor allem auch alle Bürgerinnen und Bürger im Blick hat, wenn sie von Teilhabe aller spricht. Die ASF-Tempelhof-Schöneberg und das von mir initiierte „Frauenbündnis für Gesine“ konnten Gesine im Rathaus Schöneberg näher kennenlernen. Sie ist eine Top-Frau und verdient unser aller Unterstützung. Unterzeichnet bitte den Aufruf www.wir-fuer-gesine.de und werbt noch für diesen.

Das Regieren mit der CDU/CSU ist nun noch schwieriger als bisher - zumal immer deutlicher wird, dass wir es eigentlich mit drei Regierungsparteien zu tun haben. Die Union zerfleddert sich gerade und vergisst, dass die Bevölkerung - Wahlkampf hin und Wahlkampf her - einen Anspruch darauf hat, dass wir regieren. Ich erwarte dieses auch von mir selbst, dafür bekomme ich schließlich meine Aufwandsentschädigung. Wir Sozialdemokratinnen sind die Motoren der Regierung, wir wissen, dass wir Verantwortung tragen.

Ich bin entsetzt über die Blockadehaltung der Union bei der Regelung der notwendigen Klärungen zu den Jobcentern. Aus rein ideologischen Gründen verweigert sich die Union hier bei einem für die Menschen existentiellen Projekt, obwohl sie weiß, dass der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts lautet bis Ende 2010 eine grundgesetzkonforme Organisationsreform im SGB II zu schaffen. Auch beim Mindestlohn in der Zeitarbeit blockiert die Union die Umsetzung, stattdessen will sie einen Billig-Tarifvertrag zur Grundlage machen. Mit dem Scheiternlassen des Umweltgesetzbuches hat die Union einen klaren Koalitionsbruch begangen - gut, dass dieses so auch in der Presse vermeldet wurde. Die Verweigerungsliste lässt sich noch ergänzen mit der Reform des Wahlrechts, die sie aus machtpolitischen Gründen verhindert und der Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen. Auch beim Thema Diamorphinsubstituierung versucht die CDU/CSU ein Taktierspiel auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft.

Hoffentlich halten wenigstens die bisherigen Absprachen, dass es tatsächlich zu einer gesetzlichen Regelung hinsichtlich der nun schon über mehrere Legislaturperioden diskutierten PatientInnenverfügung! Millionen von Menschen erwarten endlich Rechtssicherheit!

Mit solidarischen Grüßen

Mechthild Rawert

■ ■ Informationen aus Tempelhof-Schöneberg

03.04.09 Offizieller Wahlkampfauftakt

Mit einem gemeinsamen Pressefrühstück zusammen mit Michael Müller hat der Bundestagswahlkampf begonnen. Ich freue mich auf die verschiedenen Wahlkampfplanungen in den Abteilungen und stehe für Einladungen sehr gerne zur Verfügung.

03.04.09 FRAUEN MACHT POLITIK

Die Veranstaltung FRAUEN MACHT POLITIK war ein voller Erfolg! Bei den über 200 Frauen und Männer im Willy-Brandt-Saal des Rathaus Schöneberg hat Gesine Schwan gewonnen! Die Diskussion zusammen mit Gisela Notz, Gabriele Gün Tank und mir unter der Moderation von Ulrike Helwerth war spannend und anregend. Diskutiert wurde über die Rolle der Frauen in der Politik, über Erreichtes noch zu Erreichendes hinsichtlich einer tatsächlichen Gleichstellung, über die Stärkung der Demokratie und den solidarischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. „Ich habe ein sehr positives Verhältnis zur Macht“, verriet Gesine Schwan. Sie verstehe dieses ganz im Sinne von Hannah Arendt: „Macht ist die Fähigkeit, Menschen für ein Projekt zusammenzuführen.“ Weitere Informationen im aktuellen Vorwärts oder unter <http://www.vorwaerts.de/artikel/eine-ae-klassefrau-ae> im Artikel „Eine „Klassefrau““.

06.04.09 Berichts-BVV zum Thema EUREF

Ich unterstütze das Konzept von EUREF. Die Klärung der Frage der Immobilien (Brutto-Geschossfläche, Verschattung, etc.) ist Bezirksangelegenheit. Diese Position wird nach Rücksprache auch von BM Sigmar Gabriel geteilt.

11.04.09 13. EURO-CUP des Lichtenrader BC

Ostern fand auf dem Sportplatz Halker Zeile ein europäisches Jugendfußballturnier mit insgesamt 60 Mannschaften statt. Mir war es vergönnt den Anstoß beim Eröffnungsspiel LBC I gegen Fortuna Düsseldorf II auszuführen. Mit Freunde konnte ich die Fußballbegeisterung der jungen Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Polen, Bosnien und Ungarn deutlich wahrnehmen. Neben Toren und Siegen standen vor allem Mannschaftsgeist, Zusammenhalt und Freundschaft bei diesem Turnier im Mittelpunkt. Möglich wurde der 13. EURO-CUP erst durch die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die mit viel Engagement für das Gelingen gesorgt haben. Danke!

14.04.09 Gesprächsgruppe der Schwulenberatung Berlin

Auf Initiative von Georg Härpfer, Vorstandsmitglied der [Schwulenberatung Berlin](#), konnte ich über 20 Frauen und Männer durch den Reichstag führen. Mittelpunkt des sehr lebendigen Gespräches war die finanzielle Situation der Schwulenberatung, die Hoffnungen, die mit dem Bau des Mehrgenerationenhauses verbunden sind, in Würde altern zu können und einen Ort zu haben, an dem mensch sich wohl fühlt.

15.04.09 Besuch der Lesbenberatung

Die Lesbenberatung startet eine Kampagne gegen homophobe Gewalt und Diskriminierung. Sehr gelobt wurde der vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedete Antrag der Berliner Koalitionsfraktionen SPD und Linke zur „Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“. Auch für die Bundesebene gilt, dass sie sich verstärkt dem Kampf gegen Homophobie zu stellen hat. Thematisiert wurden Unterstützungsmöglichkeiten sich am Abbau von Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen aktiv zu beteiligen. Es gibt nur eine sehr begrenzte Datenlage. Notwendig ist eine umfassende Studie, um die Gewalt und Diskriminierung von lesbischen/bisexuellen Frauen und transidentischen Menschen in Deutschland zu erfassen. Es wird Zeit, dass auch innerhalb der Community die Wahrnehmung zu Homophobie und Mehrfachdiskriminierung sensibilisiert wird, um gemeinsam neue Bewältigungsstrategien zu entwickeln.

15.04.09 Berlin trotz der Krise

An dem Austausch der Berliner SPD-Landesgruppe mit Ingeborg Junge-Reyer, Vertretern der Handwerkskammer und der IHK, sowie Staatssekretär Diller, BMF, (SPD) haben auch Tempelhof-Schöneberger, hat der SPD-Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen teilgenommen. Sehr deutlich wurde, dass zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise neue Kooperationsformen gefunden werden müssen. Die enge Kooperation zwischen der IHK Berlin, der Bundesanstalt für Arbeit, der Handwerkskammer Berlin, den Senatsverwaltungen, der Investitionsbank Berlin, der DGB und auch der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg zur Unterstützung vor allem der mittelständischen Wirtschaft wird von mir ausdrücklich begrüßt.

21.04.09 Fit für die Familienpolitik

Die Abteilungen Tempelhof, Mariendorf und Lichtenrade-Marienfelde haben auf Initiative der Tempelhof-Schöneberger AG Familienpolitik eine gemeinsame Mitgliederveranstaltung durchgeführt. Kerstin Freudiger-Utke, hauptamtliche Mitarbeiterin des SPD-Parteivorstandes, gab eine Einführung in den familienpolitischen Teil unseres Wahlprogramms. Deutlich wurde, dass wir in der Familienpolitik seit 1998 schon einiges erreicht haben, aber vieles auch weiterhin noch auf der Agenda steht und in der kommenden Legislatur angegangen werden muss: hierzu gehört vorrangig die Verbesserung der Alleinerziehenden!

22.04.09 Besuch im Mehrgenerationenhaus der Kiezoase

Das Mehrgenerationenhaus der Kiezoase im dicht besiedelten Schöneberg (Steinmetzstr.) ist ein großes Pfund: Die teilweise sehr unterschiedlichen Lebenswelten von jungen und alten Menschen vieler Herkunftskulturen außerhalb des familiären Kontextes werden hier unter Trägerschaft der Stiftung Pestalozzi- Fröbel-Haus unter einem Dach zusammen.

Zusammen mit Bundesministerin Ursula von der Leyen und vielen VertreterInnen aus der Politik und vielen Vereinen und Verbänden konnte ich das Haus besichtigen und mir die dort geleistete Arbeit einmal näher kennenlernen. Besonders erfreulich ist, dass der Träger nicht nur Wert auf das Zusammenführen der Generationen legt, sondern stets auch die interkulturellen Aspekte berücksichtigt werden.

22.04.09 Ist Frieden im Nahen Osten möglich?

Der neue US- amerikanische Präsident Barack Obama gibt der Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten neue Nahrung. Darin waren sich die PodiumsteilnehmerInnen am 22. April im Schöneberger Rathaus einig. Auf Einladung von Karl- Heinz Niedermeyer, Sprecher des Fachausschusses I für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin und mir, diskutierten sie über die Aussichten auf Frieden im Nahen Osten. Das Frieden möglich ist, wurde von allen bejaht. Doch wie er erreicht werden kann, wurde unterschiedlich bewertet. Zentrale Frage war, ob Druck von außen eher helfen oder schaden würde. Dr. Rolf Mützenich, MdB und Nahostexperte der SPD- Bundestagsfraktion bereist regelmäßig die Region und kennt die handelnden Akteure. Seine Einschätzung lautet: „Frieden ist möglich, wenn man Frieden möchte!“ Man brauche keine neuen Friedenspläne, sondern müsse lediglich die bisherigen Konzepte umsetzen.

23.04.09 Girlsday

Auch in diesem Jahr hatte ich wieder 2 Mädchen aus Tempelhof-Schöneberg, die mich am Girlsday begleitet haben. Die beiden Schülerinnen der Gustaf-Heinemann-Oberschule konnten an einer AG Sitzung teilnehmen, anschließend hatten wir noch Gelegenheit den Reichstag zu besichtigen bevor sie zum Abgeordnetenhaus fahren mussten.

23.04.09 Neuordnung der Hauswirtschaft

Anlässlich des 10jährigen Jubiläums der neuen Ausbildungsverordnung in der Hauswirtschaft - ein Beruf zwischen Tradition und Moderne – und dem Abschluss der 1. Projektphase (01.05.08 bis 30.04.09) „Zukunftsperspektive im Berufsfeld Hauswirtschaft und Pflege“ haben VertreterInnen von maxQ - Partner für Kompetenz und Qualität im Netzwerk Gesundheit, Soziales u. Erziehung, der Senatsverwaltung, Gewerkschaft und der Wissenschaft zu den Veränderungen eines Berufsbildes zwischen Tradition und Moderne Stellung genommen. Fakt ist, dass angesichts der Erfordernisse des demographischen Wandels, der Umstrukturierung in der Altenpflege zu kleineren Wohneinheiten und der immer mehr fehlenden familiären Unterstützung aufgrund sich wandelnder Geschlechterrollen und der Notwendigkeit einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit für alle der Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen, insbesondere zur Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen, steigt. Hierauf muss für eine zukunftsorientierte Ausbildung, mit der Weiterentwicklung des Berufsbildes reagiert werden.

23.04.09 FES Demokratie-Tagung für junge Führungskräfte aus Afghanistan

Die FES hat eine Tagung für junge Führungskräfte aus Afghanistan durchgeführt. Meine Aufgabe war es, mit den jungen Männern und Frauen über den Themenkomplex Gleichstellung der Geschlechter und Gender Mainstreaming zu diskutieren. Nach einer kurzen Führung durch den Reichstag hatten wir eine wirklich schöne Diskussion bei der deutlich wurde, diese jungen Menschen wollen in ihrer Heimat einen demokratischen Staat aufbauen.

24.04.09 BPA-Fahrt

An dieser BPA-Fahrt haben überwiegend Genossinnen und Genossen teilgenommen. Es war eine sehr diskussionsfreudige Gruppe, was auch die ReferentInnen des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, die FES und auch das Willy-Brandt-Haus ins Schwitzen gebracht hat. Diese Lebendigkeit konnte ich selber während des Mittagessens und bei der abendlichen Dampferfahrt kennenlernen. Ich danke allen Teilnehmenden für ihr hohes Politikinteresse.

25.04.09 Friedenauer Gesundheitstag

Der unter der Ägide von Angelika Schöttler durchgeführte Friedenauer Gesundheitstag war ein voller Erfolg. Teilgenommen haben zahlreiche Projekte und Vereine, u.a. gerontopsychiatrische Netzwerke, das Nachbarschaftsheim, die Sanitäter der Feuerwehr, die Polizei mit Aufklärungsmaßnahmen zum Thema Jugendliche und Alkohol. Eindringlich bewusst wurde mir, wie nötig es ist, dass wir im Laufe unseres Lebens doch häufiger an Sanitätskursen teilnehmen sollten, damit wir im Ernstfall auch tatsächlich eine wirksame Erste Hilfe leisten können.

26.04.09 Volksentscheid - „Wahlparty“ des Bündnis für Pro Ethik

Auch zusammen mit Tempelhof-Schöneberger Genossinnen und Genossen habe ich im Cafe Rix die Ergebnisse des Volksbescheides wahrgenommen - die Stimmung war durchweg freudig, auch bei den anwesenden Christinnen und Christen.

26.04.10 23 Nisan - Internationales Kinderfest

Der Jubiläumsempfang anlässlich des 10. Kinderfestes - dieses Mal mit rund 100.000 BesucherInnen - fand im Roten Rathaus statt. Sehr beeindruckend die musikalische Kompetenz der jungen Menschen. Erfolgreich war das anschließende Netzwerken – aber dafür sind Empfänge schließlich da.

■ Ausblick auf die kommenden Wochen

Der Mai ist schwerpunktmäßig bestimmt durch drei Sitzungswochen. Ich lade alle herzlich ein, sich in meinem Wahlkreisbüro oder auf meiner Website zu diesen und zu anderen Veranstaltungen zu erkundigen:

- 29.04.09 Solitdaritätsstatement auf der von GLADT Gays & Lesbians aus der Türkei e.V. organisierten Pressekonferenz zum Verbot von Lambda Istanbul
- 29.04.09 Reichstagsführung und Gespräch mit den Jusos Tempelberg
- 01.05.09 Teilnahme an der DGB-Demo zum Tag der Arbeit; Treffpunkt für Sozis ist 09.00 Uhr am Wittenbergplatz
- 04.05.09 Hauptreferat beim Berufsverband Hauswirtschaft zu "Frauen (MACHT)Karriere", Stuttgart
- 05.05.09 Veranstaltung der BI Dresdner Bahn
- 06.05.09 Fraktion vor Ort: „Mit guten Beispielen voran: Bildung für nachhaltige Entwicklung“, an der auch die positiven Aktivitäten der Löcknitz Grundschule und der Annedore-Leber-Grundschule bundesweit präsentiert werden
- 07.05.09 Fraktion vor Ort: „Gute Arbeit und soziale Sicherheit“ auch mit Andrea Nahles und Björn Böhning
- 08.05.09 Referentin: 8. Berliner Gespräche zum Gesundheitsrecht organisiert vom Deutschen Institut für Gesundheitsrecht (DIGR) - Das deutsche Gesundheitswesen vor der Bundestagswahl 2009 - www.digr.de

- 09./10.05.09 Maifest vor dem Rathaus Schöneberg und Rheinstraßenfest in Friedenau
- 10.05.09 Tag der offenen Tür der Gartenarbeitsschule Schöneberg
- 13.05.09 EUROPA-Bezirkstag mit Dagmar Roth-Behrend und Sigmar Gabriel
- 13.05.10 ASF-Empfang Frauen und das soziale Europa
- 14.05.09 Referentin: bei der AKG – Zusammenschluss mittelständischer pharmazeutischer Unternehmen u.a. zur Umbruchsituation und Bewusstseinswandel im Gesundheitswesen (Systemwandel) - Der Gesundheitsfond und seine Folgen.
- 15.05.09 Jahreshauptversammlung des Vereins Stolpersteine an der B96 e.V.
- 17.05.09 Landesparteitag, LandesvertreterInnenversammlung
- 19.05.09 Referentin: SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Reihe Fraktion im Dialog: „Sicher und sauber essen - Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen im Internet veröffentlichen?“
- 21.05.09 Wahlkampfplanung der ASF-Tempelhof-Schöneberg
- 22./23.05.09 Wahl der BundespräsidentIn

■ ■ **Aus dem Bundestag**

Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Vom Finanzausschuss wurde der von der Koalition eingebrachte Antrag zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung beschlossen. Mit dem Gesetz soll die Steuerflucht in sogenannte Steueroasen bekämpft werden. Darin enthalten ist die Forderung die Zinsrichtlinie der EU auf alle Kapitaleinkünfte auszudehnen, zudem soll sie auf juristische Personen erweitert werden. Die parlamentarischen Beratungen sollen auf jeden Fall noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden.

■ **26.03.09 Heimgesetz**

Den Gesetzentwurf der Regierungskoalition „zur **Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes nach der Föderalismusreform**“ hat der Deutsche in 1. Lesung beraten. Aufgrund der durch die Föderalismusreform veränderten Gesetzgebungszuständigkeiten ist eine Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes notwendig geworden. Die Neuverteilung der Kompetenzen führt dazu, dass die ordnungsrechtlichen und zivilrechtlichen Vorschriften nicht mehr im Bundesgesetz geregelt werden können. Die zivilrechtlichen Vorschriften sind nun gesondert zu regeln. Sie sind darüber hinaus auch inhaltlich weiterzuentwickeln.

Die Bedürfnisse von Menschen im Alter, bei Pflegebedarf und bei Behinderung haben sich deutlich gewandelt. Selbstständigkeit und Selbstverantwortung sind zu zentralen Maßstäben geworden. Alltagsnormalität und Wahlfreiheit sind Werte, die ein neues Qualitätsverständnis in der Pflege prägen und sich insbesondere auch an der Wohnform festmachen. Artikel 1 der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen rückt dementsprechend den Anspruch auf Selbstbestimmung und Hilfe zur Selbsthilfe in den Vordergrund.

Ziel der Neuregelung ist es, ältere sowie pflegebedürftige oder behinderte volljährige Menschen bei Abschluss und Durchführung von Verträgen über die Überlassung von Wohnraum mit Pflege- und Betreuungsleistung vor Benachteiligungen zu schützen. Sie werden damit in einer möglichst selbstständigen und selbstbestimmten Lebensführung unterstützt.

■ **22.04.09** **Friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide in Sicht**

In der Aktuellen Stunde waren sich die RednerInnen aller Fraktionen einig, dass nach einem nun mehr über 15 Jahre andauernden Rechtsstreit die Zeit reif für eine politische Lösung ist. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hatte am 27. März 2009 entschieden, dass der Luft-Boden-Schießplatz der Luftwaffe in der Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg, das so genannte Bombodrom, auch künftig für Tiefflugübungen gesperrt bleibt. Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion gibt es erstmals eine breite Übereinkunft auch mit den Verteidigungspolitikern und der PolitikerInnen aus Regionen, in den sich ebenfalls Truppenübungsplätze befinden und die nun eine Verstärkung der Belastung für ihre Region befürchten, zur Schließung. Dieses Ziel ist im SPD-Regierungsprogramm enthalten.

■ **23.04.09** **Verbot zum Anbau des gentechnisch veränderten Mais MON810**

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung von Bundesministerin Aigner (CSU), den Anbau des vom US-Konzern Monsanto hergestellten gentechnisch veränderten Mais in Deutschland zu untersagen, ausdrücklich und stellt sich damit gegen die ablehnende Haltung von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU). Die Grüne Gentechnik wird von uns schon seit langem kritisiert. Aktuell in der Diskussion ist nun auch die Frage der Zulassung der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel „Amflora“ . Für uns steht der Schutz von Mensch und Umwelt an vorderster Stelle. Der Union und hier zuvorderst der CSU ersparen wir aber keineswegs den Vorwurf, dass Horst Seehofer als Bundesminister noch vollständig anders getönt hat, als nun als bayerischer Ministerpräsident. Hier hat eine Wandlung vom Saulus zum Paulus stattgefunden.

■ **23.04.09** **Verringerung der Förderung von Biokraftstoffen**

Beschlossen wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition Gesetzesänderungen zur Verringerung der Förderung von Biokraftstoffen. Künftig wird auf die Beimischung von zehn Volumenprozent Ethanol verzichtet. Die ursprünglich geplante stufenweise Erhöhung wird nun langsamer vor sich gehen, weil auf europäischer Ebene zunächst Kriterien für die Nachhaltigkeit festgelegt werden müssen. Der Anbau von Palm- und Sojaöl in Südamerika und Asien soll weder zulasten des Anbaus von Nahrungs- und Futtermitteln noch zulasten des Klima- und Umweltschutzes gehen. Beschlossen wurde auch eine Entschließung, in der die Regierung aufgefordert wird, dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeitsstandards bei der Produktion, Lieferung und Verwendung von Biokraftstoffen eingehalten und auch unerwünschte Effekte auf den Naturhaushalt und das Klima sowie unerwünschte soziale Auswirkungen vermieden werden.

Da wir uns als AG Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz für stärkere Bemühungen einer nationalen Nachhaltigkeitsverordnung ausgesprochen hatten und nun sehen, dass hiesige Unternehmen mit der Verordnung in Schwierigkeiten kommen können, habe ich zu dieser Materie eine persönliche Erklärung abgegeben. Ich bin der Meinung, dass trotz der angekündigten EU-Richtlinie die Möglichkeit bestanden hätte, den Kraftstoff E 10 als ein freiwilliges Angebot einzuführen.

■ **23.04.09** **Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein neues Kinderschutzgesetz**

Der in erster Lesung beratene Gesetzentwurf sieht vor, dass so genannte Berufsheimnisträger wie

etwa ÄrztInnen Informationen an die Jugendämter weitergeben können, wenn sie den Verdacht auf Kindeswohlgefährdungen haben und Gespräche mit den Eltern erfolglos geblieben sind. Die Regierung will Jugendämter dazu verpflichten, bei Hausbesuchen gefährdete Kinder in Augenschein zu nehmen. Ausnahmen vom Hausbesuch als gesetzlichem Regelfall solle es dann geben, wenn die Gefahr bestehe, dass die Dinge dadurch eskalieren, so Kues. Auch Berufsgruppen, die nicht unter die Schweigepflicht fallen und mit der Erziehung von Kindern befasst sind, sollen künftig verpflichtet sein, Beobachtungen weiterzugeben, wenn sie Kinder gefährdet sehen. Verpflichtend eingeführt werden sollen Hausbesuche.

Mehr Schutz für Kinder vor Misshandlung und Vernachlässigung wollen alle Fraktionen im Deutschen Bundestag. Während die CDU/CSU-Fraktion sich für den Gesetzesentwurf ausspricht, hält die SPD-Fraktion dagegen: Die Verpflichtung zu Hausbesuchen in dieser Form ist eine überflüssige Regelung: Hausbesuche sind bereits jetzt möglich. Sie verpflichtend einzuführen werde dem Einzelfall nicht gerecht. In der Kinder- und Jugendhilfe seien präventive Ansätze und eine „Balance von Hilfe und Kontrolle“ am wichtigsten. Die Frage ist, warum im Gesetzentwurf diese präventiven Ansätze fehlen. Angekündigt ist eine Prüfung dieses Gesetzentwurfes auf „Herz und Nieren“.

■ **23.04.09 Finanzierung künstlicher Befruchtungen**

Die Behebung ungewollter Kinderlosigkeit durch künstliche Befruchtung ist mehr als Gesundheitspolitik, sondern eine Herausforderung für eine aktive Familienpolitik. Hier ist vor allem Frau von der Leyen gefragt! Meine Rede ist auf meiner Website nachzulesen.

■ **24.04.09 Gendiagnostikgesetz**

Der Gesundheitsausschuss hat nach Diskussionen in drei Legislaturperioden endlich den Weg für das Gendiagnostikgesetz frei gemacht. Am 22. April wurde der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines "Gesetzes über genetische Untersuchungen bei Menschen" in modifizierter Fassung im Ausschuss verabschiedet. Am letzten Freitag passierte er den Bundestag. Ziel des Gesetzes ist es, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Bereich genetischer Untersuchungen zu stärken und gleichzeitig Missbrauch von Untersuchungsergebnissen zu verhindern. So sollen genetische Untersuchungen nur mit Einwilligung der zu untersuchenden Person und ausschließlich von Ärzten vorgenommen werden dürfen.

Beratungspflicht vor und nach der Untersuchung

Eine Beratung vor und nach der Untersuchung ist zwingend vorgeschrieben, sofern Untersuchungen eine Voraussage über die Gesundheit der untersuchten Person oder eines ungeborenen Kindes ermöglichen. Die "Genetische Beratung soll einem Einzelnen oder einer Familie helfen, medizinisch-genetische Fakten zu verstehen, Entscheidungsalternativen zu bedenken und individuell angemessene Verhaltensweisen zu wählen." Die vorgeburtliche genetische Untersuchung soll dem Gesetz zufolge auf rein medizinische Zwecke beschränkt werden. Bei der Untersuchung dürfen nur Eigenschaften festgestellt werden, die die Gesundheit des ungeborenen Kindes vor oder nach der Geburt beeinträchtigen können. Zulässig ist vorgeburtliche Untersuchungen etwa auf das Down-Syndrom, nicht aber vorgeburtliche Tests zu Krankheiten, die erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres ausbre-

chen können.

Vaterschaftstests nur mit Einwilligung

Auch genetische Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung wie Vaterschaftstests nur zulässig, wenn die zu untersuchende Person eingewilligt hat. Bei heimlichen Vaterschaftstests droht ein Bußgeld von bis zu 5.000 Euro. Weiter das Gesetz vor, dass Versicherungsunternehmen von Kunden keine genetischen Untersuchungen verlangen dürfen. Auch dürfen sie keine Auskünfte über bereits vorgenommene genetische Untersuchungen erhalten. Allerdings sollen die Ergebnisse solcher bereits erfolgter Untersuchungen der Versicherung vorgelegt werden müssen, wenn es um sehr hohe Versicherungssummen ab 300.000 Euro geht.

■ **24.04.09 Mut für eine atomwaffenfreie Welt gefragt**

Intensiv wurde im Bundestag zur Vision einer Welt ohne Atomwaffen debattiert und im Anschluss wurde über insgesamt sechs Anträge, davon vier namentlich, abgestimmt. Auch die SPD hat sich in namentlich Abstimmung für einen Koalitionsantrag ausgesprochen, die Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag zum Erfolg zu führen. Eine atomwaffenfreie Welt ist möglich und wünschenswert: Darin waren sich alle Fraktionen des Bundestags einig. Doch während SPD und die Opposition glauben, dass für eine neue Abrüstungskultur auch der schnellstmögliche Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland nötig ist, will die Union nicht auf die nukleare Teilhabe verzichten. Die Union sprach sich in der Debatte für eine Beibehaltung der nuklearen Teilhabe aus. Eine nukleare Abschreckung sei ein „unverzichtbarer Teil der Nato-Strategie“. Die Verbindung im Sinne eines Junktims von konventioneller und strategischer Abrüstung sei „falsch“ und nutze die derzeitigen Zeitfenster nicht.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) teilt die Vision des amerikanischen Präsidenten Barack Obama, und hält die „Zeit für einen neuen Aufbruch“ in der Abrüstung sei „günstig“. Es sei nötig, bei der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag im kommenden Jahr in New York „das Herzstück der Verträge“ zu erneuern und im Blick zu behalten, dass Abrüstung und die Verhinderung nuklearer Proliferation zusammen gehörten. Weiterhin muss es einen Produktionsstopp waffenfähigen Spaltmaterials und eine Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs geben. Die angestrebte Abrüstung müsse „auch die taktischen Atomwaffen einbeziehen“, denn vollständigen Schutz könne es nur mit der „vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen geben“. Diese Haltung wird von der SPD-Fraktion geteilt.

■ **24.04.09 Lebensmittelkennzeichnung**

Der Antrag der FDP-Fraktion zur Kennzeichnung von Lebensmitteln wurde am 24. April im Plenum des Deutschen Bundestages abgelehnt. Mit ihrem Antrag wollten die Liberalen der Nahrungsmittelindustrie überlassen, wie sie zukünftig Lebensmittel kennzeichnen will. Das sinnvolle und vom Verbraucher leicht vergleichbare Ampelsystem, lehnt die FDP ab. Wir setzen weiterhin auf die Ampel, weil sie schnell verständlich ist, Vergleichbarkeit herstellt und dem Verbraucher damit eine transparente Entscheidungsgrundlage bietet. Bei der Ampelkennzeichnung wird der Gehalt der wichtigsten Nährwerte Salz, Fett, gesättigte Fettsäuren und Zucker in den Signalfarben Rot, Gelb und Grün dargestellt.

■ ■ Kontakt und Impressum

Mechthild Rawert, MdB, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin,
Tel: 030/720 13 884, Fax: 030/720 13 994, E-Mail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de
WEBSITE: www.mechthild-rawert.de